

# Europäische Wirtschaft, Außenpolitik und Migration

## Vortrag zu einer integrierten Europapolitik am Bundesparteitag von Bündnis C am 01.07.2023 in Eisenach



Eine Präsentation über die Wirtschaft allein wäre eine unzureichende Vorbereitung auf die Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2024. Deutschland und die EU stehen vor einem „perfekten Sturm“, bei dem unser wirtschaftliches und politisches System sowie unsere Außenpolitik in ihrem Zusammenhang und Zusammenspiel verstanden werden müssen. Ansonsten bewegen wir uns sprichwörtlich weiter im Kreis.

Bündnis C muss bessere Antworten und eine klarere Richtung zu den großen Themen haben als die „Altparteien“ oder die AfD. Wir sollten bestimmte Besonderheiten und Themen nicht isoliert voneinander kommunizieren. Bündnis C muss den Wählern erklären, was passiert und warum und was die bessere Richtung ist. Es kann nicht in demselben Teufelskreis stecken bleiben wie die anderen Parteien.

Dieser Vortrag ist ein Versuch (und nicht mehr als das), ein Gesamtbild darzustellen, das zeigt, wie Wirtschaft, Außenpolitik, Einwanderung und Integration miteinander interagieren. Um den Zusammenhang zwischen diesen Themen in einem größeren Bild zu sehen, ist es notwendig, auch einen geopolitischen Kernrahmen zu schaffen.

### Ein christlicher Ansatz zu Immigration, Wirtschaft und Geopolitik

Der grundlegende christliche Ansatz ist, dass wir eine gemeinsame Menschenwürde haben und dass wir „Mitmenschen“ (Beziehungswesen) sind. Kolosser 3,11 sagt: „Hier ist nicht Jude noch Heide, nicht Beschnittener noch Unbeschnittener, nicht Barbar noch Skythe, nicht Sklave noch Freier, sondern Christus ist alles und ist in allen.“

Das Sterben auf dem Mittelmeer ist eine schreckliche Katastrophe. Die Migrationsdebatte endet fast immer innerhalb der Karte von Europa, Nordafrika und der Türkei. Wir müssen jedoch verstehen, dass die Menschen, die zu uns kommen, von irgendwoher kommen. Und wir können die Migration nicht bewältigen, wenn wir nicht berücksichtigen, warum diese Menschen das Risiko eingehen, zu uns zu kommen.

Wir können keine Mauern bauen, um alle abzuhalten, und wir können nicht alle willkommen heißen.

Wir müssen daher über den Tellerrand der aktuellen Debatte hinausschauen und vier Inseln in ein Bild bringen: Einwanderung, Wirtschaftssystem und -politik, Integration und Außenpolitik.

Das Problem ist, dass die Debatte zwischen denjenigen, die glauben, dass der Bau von Mauern „die Migration“ fernhalten wird, und denjenigen, die es für unmoralisch halten, Migranten fernzuhalten, festgefahren ist. Wir müssen ausgewogener und praktischer darüber nachdenken und herausfinden, was ein menschlicher Ansatz ist.

Es ist nicht realistisch zu sagen, dass die EU keine Grenzen in ihrer Kapazität für die Aufnahme von Menschen hat. Es ist auch nicht realistisch zu sagen, dass wir durch den Bau von Mauern oder durch „Tunesien-Deals“ alle davon abhalten können zu kommen. Damit erreichen wir maximal eine vorübergehende Abschwächung, bis ein Weg gefunden ist, das Hindernis zu umgehen (oder es zu überwinden).

Keiner der beiden Ansätze konzentriert sich darauf, warum die Menschen kommen und wie wir die Gründe dafür beeinflussen können, dass sie nach Europa kommen. Beide Ansätze stellen auch nicht die Frage, wie unsere eigenen Systeme und Politik die Situation schlimmer machen. Beide Ansätze sind sehr eindimensional, was angesichts eines mehrdimensionalen Problems nicht funktionieren kann.

Anstatt das Thema in Kulturkämpfen zu behandeln, müssen wir es aus der Perspektive von Kapazitäten und Quellen sehen, was einen lebensnahen und somit auf die menschliche Realität bezogenen Ansatz bedingt.

## Problemfelder, die sich gegenseitig verstärken

- Eine Außenpolitik, die kurzfristige Interessen verfolgt, dafür extremistische Regime und räuberische Unternehmen stützt und mit ihnen Unterdrückung im Dienst von Ausbeutung
- Eine Wirtschaft der Extraktion, die von Aktionären und ihren multinationalen Unternehmen dominiert wird
- Einwanderung aufgrund von Unterdrückung, Armut, mangelnder Entwicklung und Sicherheit
- Herausforderung und Probleme der Integration der Zuwanderer.

Eine falsche Definition unserer Interessen, der Mangel an nachhaltiger Entwicklung, Bildung und an Freiheit in den Herkunftsländern bedingen Migration und Integrationsprobleme, die zu politischer und institutioneller Instabilität führen.

Wir brauchen deshalb eine Neudefinition von Wirtschaft und wirtschaftlicher Investition (Adoptionsmodell) und die Unterstützung von Grundfreiheiten durch die Außenpolitik für eine gemeinsame nachhaltige Entwicklung statt Migration.

## Grundfreiheiten und Interessen neu definieren

Dafür braucht es Klarheit über die Grundfreiheiten und deren Durchsetzung in Europa für eine gelingende Integration wie auch die Unterstützung der Grundfreiheiten in den Herkunftsländern.

Anstatt Neuankömmlingen von außerhalb Europas deutsche, niederländische, französische oder andere Werte beizubringen, sollten wir uns darauf konzentrieren, ihnen bei der Integration grundlegende Freiheiten zu vermitteln. Wir sind ohnehin nicht mehr in der Lage zu definieren, was diese nationalen Werte sind. Wir können jedoch die Grundfreiheiten definieren.

Genauso sollten wir, anstatt zu versuchen, nationale Werte zu exportieren, die Grundfreiheiten als Leitlinien für unsere Außenpolitik insgesamt zugrunde legen. Auf diese Weise gehen wir nicht über die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte hinaus und tappen nicht in die Falle eines De-facto-Neokolonialismus, indem wir zum Beispiel darauf bestehen, dass unsere Definition Sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte (SRGR) weltweit übernommen wird.

Wo wir können, arbeiten wir mit denjenigen zusammen, die willens und in der Lage sind, Grundfreiheiten

auf ihre Weise durchzusetzen. Das können Staaten, Regionen, lokale NGOs etc. sein. Wir stärken sie in jeder erforderlichen Weise und helfen, die Freiheit zu verteidigen, damit sie erhalten bleibt und nicht zerstört wird. Wir übernehmen nicht, wir dringen nicht ein, um Demokratie zu bringen. Stattdessen kooperieren wir. Wir stärken keine Diktatoren und autokratischen Regime und wir geben ihnen keine Vorzugsbehandlung. Aber wir brechen auch nicht die diplomatischen Beziehungen ab.

Die Idee hinter diesem Ansatz ist, dass dort, wo Grundfreiheiten wachsen, auch Demokratie und Rechenschaftspflicht sowie alle anderen Entwicklungen gedeihen können. Außerdem werden sich mehr Grundfreiheiten ‚dort‘ positiv auf die Gemeinschaften ‚hier‘ auswirken, die von dort kommen. Es funktioniert also in beide Richtungen.

In gewisser Weise ist dieser Prozess sowohl idealistisch als auch bescheiden. Wir handeln zwar auf der Grundlage von Werten, aber auf eine erreichbare und bescheidene Weise. Außerdem vermeiden wir es, die Lage zu verschlimmern, indem wir schlechte Akteure nicht mehr stärken.

## Maßstäbe für Grundfreiheiten

Als Sallux haben wir eine Reihe von Grundfreiheiten so definiert, dass sie sich in Programme und politische Maßnahmen umsetzen lassen. Sie basieren auf unseren Erfahrungen in Nordost-Syrien und sind somit aus der Praxis abgeleitet:

- Gleichheit und gleiche Würde und Freiheit der Frauen
- Religionsfreiheit und die Freiheit, die Religion zu wechseln (oder keine Religion auszuüben)
- Persönliche Entscheidungsfreiheit für junge Menschen in Bezug auf ihren Lebensstil und ihre Zukunft
- Lernen, in demokratischen Strukturen und mit einer Vielfalt von Meinungen und Ethnien zu leben
- Freiheit für und von (organisierter) Vielfalt innerhalb von Gemeinschaften
- Gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen Ethnien und gleiche Unterstützung für Ethnien.

Wie können wir unsere Wirtschaft und damit unsere wirtschaftlichen Interessen in der Außenpolitik neu definieren?

Die Wirtschaft soll von gerechten Beziehungen zwischen allen Beteiligten getragen werden. Neben den Aktionären und Investoren sind das die Mitarbeiter und Kunden, Zulieferer und Kommunen, Regierungen und

öffentliche Einrichtungen, die Zivilgesellschaft und die globale Umwelt.

## Auf dem Weg zu einer relationalen Wirtschaft

Die durchschnittliche Familie in Europa trägt die Hauptlast aller Kosten in der Gesellschaft, und sie hat gleichzeitig immer weniger Anteil an der Wirtschaft. Jede Statistik zu diesem Thema zeigt, dass sich Eigentum und Reichtum weg von den Familien hin zu einer immer kleiner werdenden Gruppe von multinationalen Konzernen, Hedge-Fonds und Aktionären verschieben, sowie denjenigen, die Einkommen aus dem Kapital beziehen. Billionen von Gewinnen werden aus der realen Wirtschaft von Arbeitseinkommen und aus kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) abgezogen. Die durchschnittliche Familie ist jedoch vom Arbeitseinkommen oder dem Einkommen aus einem KMU abhängig. Die Entnahme von Kapital und natürlichen Ressourcen aus der Realwirtschaft geht also auf Kosten der Familien in Europa und weltweit.

Dieses Gefühl der Ohnmacht ist ein wichtiger Faktor für die Unterstützung von Parteien wie der AfD. Wirtschaftliche Praktiken, die dem Finanzkapital Vorrang vor dem Sozialkapital einräumen, führen zu einem Ungleichgewicht der Macht zugunsten von Konzernleitungen und Großaktionären gegenüber anderen Interessengruppen. Dies trägt zur Zentralisierung der wirtschaftlichen Macht bei, zusammen mit der politischen Macht, die diese Praxis legitimiert (und allzu oft davon profitiert).

Wirtschaftliche Macht und politische Macht neigen dazu zusammenzugehen, und je zentralisierter sie ist, desto problematischer wird sie. Vor allem in Deutschland, wo große Unternehmen massiv an politische Parteien spenden, werden diese zu einer Außenpolitik gezwungen, die den Aktionären, nicht aber den Steuerzahlern zugutekommt. Darüber hinaus gibt es die Vorstellung, dass hohe Gewinne von Großunternehmen gleichbedeutend sind mit einer wachsenden Wirtschaft. Aus diesem Grund müssen wir wirtschaftliche Entwicklung mit Bezug auf Beziehungen neu definieren.

Die Anhäufung von Macht zugunsten der Aktionäre hat eine Wirtschaft geschaffen, die in erster Linie darauf ausgerichtet ist, die kurzfristigen Gewinne der Aktionäre auf Kosten aller anderen zu steigern. Dies führt zu einer Wirtschaft der Extraktion, in der die Menschen und die Umwelt für kurzfristige Gewinne geopfert werden.

KMU leiden unter dieser Situation, sowohl was die Lieferkosten als auch was den Absatz betrifft. Die großen Unternehmen beherrschen sowohl die Lieferketten als auch die Absatzmöglichkeiten. Oft fallen wir auf die Rhetorik herein, dass, was für multinationale Unternehmen gut ist, auch für KMU gut sei. Das Gegenteil ist oft der Fall. Viele Unternehmer akzeptieren diese Rhetorik, da sie allem misstrauen, was nicht „unternehmensfreundlich“ klingt. Die Frage ist jedoch, welche Art der Geschäftstätigkeit für kleine und mittlere Unternehmen gut ist.



Die Wirtschaft ist nicht dazu da, das Leben zu zerstören, sondern es zu ermöglichen. Wenn die Menschen und die Umwelt ausgebrannt sind, gibt es keine Wirtschaft mehr. Wir haben jetzt eine Wirtschaft, die von Gewinnmaximierung durch individualistisches Konsumverhalten angetrieben wird. Umgekehrt werden Konsum und Individualismus von unserer Wirtschaft und Kultur gefördert.

Der Progressivismus ist unvereinbar mit dem „Grünen Weg“, da er auf dem Individualismus beruht und diesen noch verstärken will. Individualismus aber ist eine treibende Kraft für den Konsumismus. Es liegt auf der Hand, dass der Konsumismus für die Umwelt zerstörerisch ist. Die Wertschätzung von Beziehungen und dass wir Beziehungswesen sind, ist jedoch wesentlich, um unsere Umwelt zu schätzen und zu schützen. Die Wertschätzung von Beziehungen, Familie und Gemeinschaft ist die notwendige Grundlage für eine grüne Agenda. Sie ist nicht individualistisch und nicht auf Konsum ausgerichtet, sondern sieht Beziehungen als das, was das Leben erfüllt.

## Neudefinition der Wirtschaft

Wir müssen Wirtschaft in der Wirtschaftspolitik neu definieren, und zwar dass wirtschaftliche Entwicklung bedeutet, dass die Durchschnittsfamilie in jeder Hinsicht



ein besseres Leben hat, und dass mehr Gewinn und größere Geschäfte nicht länger die entscheidenden Indikatoren sind:

- Wir brauchen eine Wirtschaft, die alle Interessengruppen ernst nimmt, und wir brauchen eine Wirtschaftspolitik, die von diesen Interessengruppen geleitete Unternehmen und Kooperationen von KMU priorisiert und bevorzugt, zum Beispiel, wenn es um Ausschreibungen der öffentlichen Hand geht.
- Wir brauchen eine Reform der Parteienfinanzierung, die es großen Unternehmen viel schwerer (und weniger notwendig) macht, politische Parteien zu finanzieren.
- Wir müssen die Arbeit in richtiger Weise wertschätzen: Die Menschenwürde wird missachtet, wenn diejenigen, die das Kapital manipulieren, so viel mehr belohnt werden als diejenigen, die arbeiten. Eine relativ niedrigere Besteuerung von Einkommen im Vergleich zu Kapitalerträgen oder Schuldenfinanzierung, die Festlegung von Höchstlöhnen (einschließlich Boni und Dividenden) und realistischere Mindestlöhne verringern die Arbeitsarmut, die sich unweigerlich aus dem Ungleichgewicht in diesen Bereichen ergibt.
- Wir müssen viel mehr gegen Steuervermeidung tun.
- Wir müssen die langfristige Beteiligung an Aktien belohnen: längerfristiger Aktienbesitz löst sich von einem „Glücksspiel“-Modell und verbindet Belohnung mit Verantwortung und Investition mit Engagement. Eine Besteuerung oder direkte Regulierung könnte dazu beitragen, eine Kultur des kurzfristigen Handels einzudämmen.

Aktienbesitz ist nicht per Definition falsch, aber er ist in unserer Wirtschaft viel zu dominant mit allen daraus folgenden Konsequenzen.

Grundsätzlich gilt: Bei allen politischen Entscheidungen sollten Beziehungen und Familien an erster Stelle stehen.

Wichtiger als eine Reihe von Maßnahmen ist, dass der Begriff des wirtschaftlichen Interesses ganz grundlegend

neu definiert wird. Die Frage „Was ist unser wirtschaftliches Interesse?“ wird dann aus der Perspektive der Durchschnittsfamilie und der Bedürfnisse der Gesellschaft definiert und nicht aus der Perspektive der Interessen des mächtigsten Großkapitals.

Das hat massive Auswirkungen auf die Außenpolitik und die Verhinderung von Migration.

## Neu definierte wirtschaftliche Interessen und Außenpolitik

Wir haben jetzt die Situation, dass es einen Unterschied zwischen der Außenpolitik und „Internationaler Zusammenarbeit und Entwicklung“ gibt. In der EU sind dies zwei getrennte Abteilungen (EAD und GD INTPA). Das bedeutet, dass sich die Außenpolitik auf die Vertretung von Interessen und die Förderung der Wirtschaft konzentriert, und dass „das Menschliche“ an das Ressort Hilfe und Entwicklung delegiert wird.

Diese Außenpolitik schafft jedoch eine Situation, in der die Ursachen der Migration verschärft werden, da Interessen wichtiger werden als Unterdrückung, Armut und Extremismus. Das nennt man „Realismus“, aber in Wirklichkeit ist es kurzfristiges Denken auf Kosten der einfachen Menschen außerhalb und innerhalb Europas. Der Migrant und der europäische Steuerzahler sind beide Opfer desselben Systems.

Der gegenwärtige „Realismus“ lehnt die Menschenwürde als Ausgangspunkt ab, da er auf der Vorstellung aufbaut, dass Staaten nur ihre eigenen Interessen verfolgen. Selbst wenn dies der Fall ist, stellt sich die Frage, was diese Interessen sind und wer sie definiert:

- Wenn unsere kollektiven Interessen mit den kurzfristigen Gewinnen der Vorstandsvorsitzenden, Großunternehmen und Aktionäre übereinstimmen, dann verfolgen wir so tatsächlich unsere Interessen.
- Wenn unsere Interessen mit denen des gemeinen Steuerzahlers übereinstimmen, haben wir jetzt eine Außenpolitik mit Ergebnissen, die den Interessen des gemeinen Steuerzahlers zuwiderlaufen.

## Das Scheitern des derzeitigen „Realismus“

### Türkei

Die Türkei unterstützt Dschihadismus und den IS in Syrien. Mit dem Dschihadismus und dem Terrorismus des IS wurden verstärkte Flüchtlingsströme nach Europa in Gang gesetzt. In Europa untergräbt Ankara deren Integration. Massive Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen in Syrien, Unterdrückung

der Bevölkerung und Zerstörung führen zu einer Zunahme von Binnenvertriebenen, die Hilfsleistungen benötigen. Seit einem Jahrzehnt blockiert die Türkei zudem die neue Gaspipeline von Israel nach Griechenland, verhält sich aggressiv gegen EU-Mitgliedstaaten und gegen die Sicherheit Schwedens. All dies führt zu zusätzlichen Kosten für den Steuerzahler in Europa. Dennoch wird die Beschwichtigung Erdogans als Realismus in unserem Interesse verkauft.

## Iran

Ein neues Atomabkommen (JCPOA) würde den Geldfluss in den Iran öffnen, weil die Sanktionen (teilweise) aufgehoben würden. Dies wird als „Realpolitik“ in unserem Interesse verkauft. Aber die Wirtschaft im Iran ist in den Händen der Korps der iranischen Revolutionsgarden, die ihre Milizen im Irak, in Syrien, im Libanon, im Gazastreifen und im Jemen bezahlen und führen:

Durch krieglerische Handlungen iranischer Milizen in Syrien und im Jemen wurden verstärkte Flüchtlingsströme nach Europa in Gang gesetzt. Der Iran destabilisiert den Irak und den Libanon. Er bedroht die kritischen Öl- und Gasreserven im Golf. Massive Menschenrechtsverletzungen, Kriegsverbrechen und Unterdrückung bewirken auch hier Zerstörung und eine Zunahme von Binnenvertriebenen, die Hilfsleistungen brauchen und den Steuerzahler in Europa belasten.

## Pakistan (Afghanistan)

Während der 20 Jahre, in denen die westliche Welt versucht hat, in Afghanistan zu operieren und zu arbeiten, hat Pakistan die Taliban weiterhin unterstützt und zugelassen, dass ihr führender Rat seinen Sitz in Quetta hat. All das war den westlichen diplomatischen Korps bekannt, aber Pakistan wurde nie ernsthaft unter Druck gesetzt, sein Verhalten zu ändern. Auch das wird als „Realismus“ verkauft.

Damit trug Pakistan zu massiven Kosten für Militäreinsätze in Afghanistan bei und verstärkte Flüchtlingsströme. Menschenrechtsverletzungen, Kriegsverbrechen und Unterdrückung führten auch hier zu Zerstörung und Binnenvertriebenen, vermehrten Hilfsleistungen und verstärkten Terrorismus. All das bewirkt zusätzliche Kosten für den Steuerzahler in Europa.

## Afrika

Die westliche Politik beschwichtigt weithin diktatorische Regime auf dem gesamten Kontinent und kooperiert mit ihnen, statt Freiheitsbewegungen wie z. B. die

der sudanesischen Opposition zu unterstützen. Sie ignoriert die reale Gefahr eines eskalierenden Konflikts zwischen Christen und Muslimen in Nigeria/CAR. Und sie versäumt es nach wie vor, multinationale Unternehmen zu zügeln, wo sie destruktives Verhalten an den Tag legen wie im Kongo.

Wie wäre es, wenn wir fragen würden, wer von diesen Praktiken profitiert? Warum ist der Profit eines multinationalen Unternehmens wichtiger als menschenwürdige Praktiken z. B. im Kobalt-Bergbau und anständige Löhne für die Bergleute? Das ist, was afrikanische Familien brauchen. Würden sie Afrika verlassen, wenn sie dort ein anständiges Gehalt bekämen?

## Muster des Scheiterns

- In jedem Fall führen kurzfristige Fixierungen und Interessen der Politik, von Großunternehmen und/oder die Weigerung, den gegenwärtigen Status quo zu überdenken, zu zerstörerischen Endergebnissen, die letztlich vom gemeinen Steuerzahler getragen werden.
- Darüber hinaus ist eine Außenpolitik, die von kurzfristigen Interessen des Großkapitals bestimmt wird, katastrophal für die Umwelt und die sozialen Bedingungen im globalen Süden.
- Mangels Kenntnis der Verhältnisse vor Ort übernimmt die Außenpolitik häufig die stereotype Propaganda der Unterdrücker.
- Die potenziellen Folgen der derzeitigen Politik werden nicht zu Ende gedacht wie im Sudan.
- Man erliegt der eigenen Naivität oder Unkenntnis darüber, wie ernstlich und abgrundtief böse Akteure sein können.

## Ein besseres Konzept für Außenpolitik und Wirtschaft

- Wir müssen uns umorientieren und unsere Definition von „wirtschaftlichem Interesse“ grundlegend ändern.
- Wir brauchen ein Wirtschaftsmodell, das nicht auf kurzfristige Profite und die Ausbeutung von Menschen und des Planeten ausgerichtet ist und dafür Unterdrücker beschwichtigt, sondern das auf die Stärkung von Familien und des Lebens gerichtet ist.
- Wir brauchen ein wahrhaft inklusives Verständnis der globalen Wirtschaft in dem Sinne, dass wir den globalen Süden als unsere Mitmenschen und als



gleichberechtigte Partner in der globalen Wirtschaft sehen, die gleichermaßen auf ein Leben auf einem lebenswerten Kontinent angewiesen sind.

- Eine Wirtschaft, die sich um die Menschen und den Planeten kümmert, unterstützt den durchschnittlichen Steuerzahler. Die Menschenwürde ist unser Hauptinteresse.
- Freiheit schafft echte Partner, um diese Ziele zu erreichen.
- Wir müssen diejenigen unterstützen, die versuchen, die Grundfreiheiten durchzusetzen, und nicht länger denjenigen den Vorrang geben, die unterdrücken und zerstören.

Dieser umfassendere Ansatz für Migration, Wirtschaft und Außenpolitik erfordert auch, dass wir als Christen ein besseres Konzept für die Geo- und Außenpolitik insgesamt haben.

Oft ist unser Ansatz sehr fragmentiert und nicht ganzheitlich. Manchmal neigen Christen dazu, die Welt ausschließlich aus der Perspektive der Endzeit zu betrachten oder Verschwörungstheorien als Rahmen zu verwenden. Oder Christen begnügen sich damit, ‚nett‘ zu sein und die wirklichen Probleme ‚da draußen‘ zu verleugnen.

„Wir haben nicht die Waffen, um uns zu wehren“, sagte Dalyop Salomon. Salomon ist ein Anwalt, der die Familien der Opfer in Nigeria vertritt. „Wenn wir sie hätten und es ein Gesetz gäbe, das uns das Recht auf Waffen garantiert, würden wir kämpfen. Internationale Gremien sollten eine Charta oder eine Erklärung herausgeben, damit Menschen, die keinen staatlichen Schutz genießen können, sich durch den Kauf von Waffen verteidigen dürfen. ... Wir werden immer in der Defensive sein“, sagte Salomon, denn „Christen sind immer die Opfer.“<sup>1</sup>

Wie können wir besser werden in:

- Sozialer Gerechtigkeit?
- Die Religionsfreiheit unterstützen?
- Umstände schaffen, die die Verfolgung von Christen verringern oder beenden?
- Im Eintreten für Israel?

## Ein ganzheitlicher Ansatz

Artikel 1 der Charta der Grundrechte der EU lautet: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie ist zu achten und zu schützen.“ Dies ist ein Begriff mit tiefen

christlichen Wurzeln, der nicht nur zur moralischen und rechtlichen Grundlage der EU geworden ist, sondern auch weltweit Anerkennung gefunden hat. Die Menschenwürde ist relational, sie ist sowohl individuell als auch kollektiv. Gleichheit der Menschenwürde bedeutet, dass alle Menschen dieselbe Würde haben. Es kann nicht sein, dass wir im Stillen davon ausgehen, dass weiße Europäer eine andere Würde haben als Menschen außerhalb Europas.

Und wir haben die gleiche Fähigkeit zu Entwicklung und Freiheit. Wir lehnen die Vorstellung ab, dass einige Völker weniger zu Freiheit und Entwicklung fähig sind, als wir es in der westlichen Welt sind. Wir sind nicht von Natur aus überlegen.

Wir brauchen diesen ganzheitlichen Ansatz:

- Um zu tun, wozu wir berufen sind
- Uns an der Realität zu orientieren (ohne in die Falle des „Realismus“ des kurzfristigen Denkens zu tappen)
- Um Fehler zu vermeiden
- Und besser zu erreichen, was wir erreichen wollen.

Letztlich bedeutet dies, dass wir von einem globalen Bild her denken, so wie es die Bibel tut:

Denn Gott hat die Welt so sehr geliebt, dass er seinen einzigen Sohn hingab, damit jeder, der an ihn glaubt, nicht verloren geht, sondern ewiges Leben hat. (Joh 3,16)

Wieso kann sie jeder von uns in seiner Muttersprache hören? (Apg 2,8)

Darum geht und macht alle Völker zu meinen Jüngern, ... (Mt 28,19)

Die Realität wird immer komplizierter sein und Kompromisse erfordern, aber nicht auf Kosten des Wohlergehens, des Lebens und der Freiheit so vieler Menschen, wie es jetzt in unseren Außenbeziehungen praktiziert wird.



Johannes de Jong

Direktor Sallux  
ECPM Foundation

<sup>1</sup> <https://globalchristianrelief.org/christian-persecution/stories/christians-nigeria-ever-fight-back/>